

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 2. März 1994
am Donnerstag, dem 3. März 1994

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bindig, Rudolf (SPD)	47, 48	Kubatschka, Horst (SPD)	3, 57
Blunck, Lieselott (Uetersen) (SPD)	2, 10	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	14, 15
Erler, Gernot (SPD)	42, 43	Kuhlwein, Eckart (SPD)	53, 54
Dr. Feige, Klaus-Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	19, 22
Ferner, Elke (SPD)	50, 51	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	11, 26
Fuchs, Anke (Köln) (SPD)	40, 41	Mehl, Ulrike (SPD)	55, 56
Gansel, Norbert (SPD)	38, 39	Müller, Christian (Zittau) (SPD)	58, 59
Harries, Klaus (CDU/CSU)	34, 35	Peter, Horst (Kassel) (SPD)	6, 7
Dr. Janzen, Ulrich (SPD)	49	Poppe, Gerd (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Jaunich, Horst (SPD)	36, 37	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	44, 45
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	23	Dr. Riedl, Erich (München) (CDU/CSU)	46
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	1, 16	Schulz, Werner (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Kastner, Susanne (SPD)	4, 52	Stiegler, Ludwig (SPD)	32, 33
Kirschner, Klaus (SPD)	5	Toetemeyer, Hans-Günther (SPD)	17, 18
Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Wallow, Hans (SPD)	8, 9
Kriedner, Arnulf (CDU/CSU)	24, 25	Zierer, Benno (CDU/CSU)	27

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- In welchem Verhältnis steht der Wert der im Jahre 1993 vom Bundespresseamt und den Bundesministerien in Auftrag gegebenen Anzeigen in Lokalzeitungen der neuen Bundesländer im Vergleich zu den regionalen und überregionalen Zeitungen in den neuen Bundesländern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

2. Abgeordnete
**Lieselott
Blunck
(Uetersen)**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdung des Weißstorches und vieler anderer Vogelarten durch die Aufbringung von Breitbandpestiziden in den afrikanischen Überwinterungsgebieten, deren Anwendung bei uns bereits verboten ist, und was will sie veranlassen, um ein nationales und internationales Export- und Anwendungsverbot für derartige Pestizide durchzusetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

3. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen mit der Tschechischen Republik als auch mit der Slowakischen Republik über ein Sozialversicherungsabkommen, und welche Auswirkungen hat das bisherige Nichtzustandekommen des Abkommens für Reisende in diese Länder?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

4. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Mit welchen Ergebnissen werden Milch und andere landwirtschaftliche Produkte in den mit Umweltlasten belasteten Regionen in den neuen Ländern auf Schadstoffbelastungen untersucht, und welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die gesetzlichen Grenzwerte in Lebensmitteln und im Trinkwasser einhalten zu können?
5. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Auf welchen konkreten Annahmen fußt die vom Bundesminister für Gesundheit gegebene Vorausschätzung für 1994, die er nach § 270a SGB V zu treffen hat und die von einer durchschnittlichen Veränderung der beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder aller Krankenkassen von + 3,2 Prozent (West) und 7,5 Prozent (Ost) ausgeht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

6. Abgeordneter
Horst Peter (Kassel)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Generaldirektion der POSTDIENSTE die Zahl der bei ihr geführten Konten von rechtsextremen und neonazistischen Organisationen ermittelt hat?
7. Abgeordneter
Horst Peter (Kassel)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß diese Konten gekündigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

8. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Auf welche persönlichen Erfahrungen oder wissenschaftlich-empirisch abgesicherten Analysen beruhen die Aussagen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-

lung, Carl-Dietrich Spranger, über eine „nicht vorhandene Ausländerfeindlichkeit“ in Deutschland in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 22. Februar 1994?

9. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)

Wie will die Bundesregierung verhindern, daß Aussagen wie die des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ – „(. . .) die ständigen Demonstrationen gegen angebliche, aber gar nicht vorhandene Ausländerfeindlichkeit und Rassismus (. . .) (sind) nichts anderes als ein Identifikationsthema für unverbesserliche Sozialisten (. . .)“ – die Akzeptanz für weitere Anschläge auf ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger erhöhen und ausländerfeindliches Verhalten in Teilen der Bevölkerung fördern?

10. Abgeordnete
**Lieselott
Blunck
(Uetersen)**
(SPD)

Inwieweit ist sichergestellt, daß bei von Deutschland geförderten Entwicklungshilfeprojekten in den Überwinterungsgebieten des Weißstorches in Afrika der Schutz der Vögel und ihrer Lebensräume gewährleistet wird, und welche Entwicklungshilfeprojekte haben bisher zur Beeinträchtigung oder Zerstörung ökologisch wertvoller Gebiete in Afrika geführt oder dazu beigetragen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

11. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Welche „Befürchtungen“ hatte das Auswärtige Amt gegen die Teilnahme des Dalai Lama an der 1200-Jahr-Feier der Stadt Frankfurt am Main?

12. Abgeordneter
**Gerd
Poppe**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welcher Weise war das Auswärtige Amt an den Vorgängen beteiligt, aufgrund deren sich der Dalai Lama veranlaßt sah, von der Teilnahme an den Feierlichkeiten zur 1200-Jahr-Feier der Stadt Frankfurt am Main abzusehen?

13. Abgeordneter
**Gerd
Poppe**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kontakte des Auswärtigen Amtes gab es in der Frage der Teilnahme des Dalai Lama – vor seiner Absage – mit der Stadt Frankfurt am Main, mit der chinesischen Seite, mit der Vertretung des Dalai Lama in Europa und mit anderen internationalen Gästen an den Feierlichkeiten oder deren Vertretern, hier insbesondere mit der französischen Regierung?

14. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bei der Stadt Frankfurt am Main interveniert, um Druck auf die Stadt Frankfurt am Main auszuüben, die von der Stadt Frankfurt am Main an den Dalai Lama, das religiöse Oberhaupt der Tibeter, ausgesprochene Einladung zur 1200-Jahr-Feier zurückzunehmen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China durch dieses Verhalten der Bundesregierung gefördert werden?
15. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Hat die chinesische Regierung auf die beiden Interventionen einmal des Bundeskanzlers, die erfolgt ist, als durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes im Vorfeld des Kanzlerbesuches in der Volksrepublik China Ende 1993 eine Namensliste von 20 politischen Gefangenen von mindestens 3600 politischen Gefangenen überreicht worden ist, und einmal des Auswärtigen Amtes, als es gegen die Verhaftung von Tibetern während eines Besuches der EU-Botschafter in Tibet im Mai 1993 protestierte, geantwortet, und ist die Bundesregierung, falls eine Antwort erfolgt ist, mit der Antwort zufrieden?
16. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung zum Erhalt und zur Pflege deutscher Kriegsgräber in der Russischen Föderation?
17. Abgeordneter
Hans-Günther Toetemeyer
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Informationen aus Südafrika bestätigen, daß die Bundesregierung die im Januar dieses Jahres erfolgte Gründung der „African Christian Democratic Party“ aktiv unterstützt hat, und wenn ja, welche Gründe haben sie dazu bewogen?
18. Abgeordneter
Hans-Günther Toetemeyer
(SPD)
- Ist es richtig, daß die Bundesregierung hierbei finanzielle Hilfe geleistet hat, und wenn ja, aus welchem Einzelplan des Bundeshaushalts ist diese Finanzhilfe geleistet worden?
19. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Welchen Einfluß hat die jüngste Meldung über die Ermordung von 200 Bewohnern Osttimors durch Soldaten auf die Entscheidung der Bundesregierung, 39 NVA-Schiffe, 5 U-Boote und 5000 Tonnen Munition nach Indonesien zu exportieren, zumal der Abschluß des U-Boot-Geschäftes weiterhin aussteht und damit die Bundesregierung – wie in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD angegeben (Drucksache 12/6512) – mit einer Aussetzung der Lieferung dem WEU-Beschluß vom 17. Juni 1993 folgen könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

20. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Einzelheiten, Rechtsgrundlagen und Gründe kann die Bundesregierung hinsichtlich des Vorgehens des Bundesamts für Verfassungsschutz nennen, welches in Niedersachsen ohne Wissen des dortigen Innenministeriums die „Republikaner“ mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwacht hat, nachdem das Verwaltungsgericht Hannover – ebenso wie andere Verwaltungsgerichte – dies nicht etwa des engen Landesverfassungsschutzgesetzes, sondern schon unmittelbar gemäß Artikel 2 Abs. 21 des Grundgesetzes für unzulässig erklärt hatte, und wann hat das Bundesamt hierüber mit dem niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz das erforderliche Benehmen (§ 5 Abs. 2 Satz 1 BVerfSchG) hergestellt sowie die unverzügliche Information des Landesinnenministeriums (§ 2 Abs. 4 niedersächsisches VerfSchG) veranlaßt?
21. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aufgrund welcher der Tatbestandsalternativen des § 5 Abs. 2 Satz 2 BVerfSchG – insbesondere einem möglichen Ersuchen des niedersächsischen Landesamts – hat sich das Bundesamt für Verfassungsschutz zur Überwachung der „Republikaner“ als befugt betrachtet, und inwieweit hat das Bundesamt hierbei § 2 Abs. 4 des niedersächsischen VerfSchG berücksichtigt, wonach auf Ersuchen des Landesamts keine Maßnahmen durchgeführt werden dürfen, zu denen dieses selbst nicht befugt ist?
22. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die ungleiche Verdienstauegleichsregelung bei Selbständigen und Angestellten des öffentlichen Dienstes im Falle der Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit, konkret: wie erklärt die Bundesregierung, daß im öffentlichen Dienst Beschäftigte – je nach Ortsgröße – bis zu einem Drittel von ihrer Arbeitszeit freigestellt werden, bei vollem Verdienstauegleich und zusätzlicher Aufwandsentschädigung, während Selbständige keine entsprechenden Aufwandsentschädigungen erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

23. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
- Welche gerechte Möglichkeit sieht die Bundesregierung, durch Mieter bzw. Bewohner von Häusern in der DDR im Sinne des Erhalts und/oder Ausbaus dieser Häuser erbrachte Eigenleistungen bei nun laufenden oder erfolgten Rückübertragungen angesichts der Tatsachen zu berücksichtigen, daß Rechnungsnachweise für Eigenleistungen und meist auch für Material nicht vorliegen können, daß ohne erhebliche Eigenleistungen die Grundstücke/Gebäude in der Regel verfallen wären, diese Leistungen damals erheblich waren und von den Eigentümern oder deren Beauftragten hätten geleistet werden müssen, heute aber bei formaler Umrechnung relativ gering oder verjährt scheinen, und daß sich die Grundstückspreise inzwischen erheblich änderten?
24. Abgeordneter
Arnulf Kriedner
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung Initiativen, um den immer weiter um sich greifenden Mißbrauch einzudämmen, der dadurch betrieben wird, daß kurzfristig gegründete und dann sehr schnell wieder liquidierte Firmen insbesondere an mittelständische Betriebe Werbesendungen in Form von „Rechnungen“ vornehmen, mit denen sie unberechtigt in ultimativer Form Zahlungen für Leistungen anfordern, die noch nicht erbracht worden sind oder möglicherweise nie erbracht werden sollen?
25. Abgeordneter
Arnulf Kriedner
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß solche Aktionen in verstärktem Umfang unternommen worden sind oder unternommen werden, und daß sie in mittelständischen Firmen mit einem geringen Umfang an Büropersonal versehentlich zu Zahlungen führen, die wegen der Arbeitsweise der obengenannten ominösen Firmen nicht mehr zurückgefordert werden können?
26. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß schwere Schäden und Benachteiligungen von Kindern dadurch vorgezeichnet sind, daß in der Auseinandersetzung zwischen Eltern im Scheidungs- und Sorgerechtsverfahren und der Flucht eines Elternteils in ein anderes europäisches Land, z. B. den Niederlanden, unterschiedliche gerichtliche Entscheidungen, jeweils auf Betreiben der beiden Elternteile, ergehen können, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Kollisions- und Konfliktsfälle zu lösen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

27. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung Regelungen über die Kürzung der Kraftfahrzeugsteuer und über die gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung der Versicherer zu entsprechender Rückerstattung bzw. Kürzung von Kfz-Haftpflicht-Prämien und ggf. von Kfz-Kasko-Prämien zugunsten der Arbeitnehmer für wünschenswert, die für den Weg zwischen Wohnort und Arbeitsplatz ganz auf die Benutzung des Pkw verzichten und statt dessen – z. B. durch Verpflichtung zum Kauf von 12monatigen „job-tickets“ – auf den öffentlichen Personennahverkehr umsteigen, damit erstens diese Arbeitnehmer neben den Kosten für die Fahrkarten nicht auch die Kosten der vollen Kraftfahrzeugsteuer, der vollen Kfz-Haftpflicht und der Kasko-Prämie tragen müssen und damit zweitens die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs erhöht wird, und was plant die Bundesregierung im Hinblick auf die Schaffung solcher Regelungen zu tun?
28. Abgeordneter
Dr. Klaus-Dieter Feige
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Zeitraum soll der Abriß des AKW Greifswald erfolgen, und welche Kosten werden durch den Abriß voraussichtlich entstehen?
29. Abgeordneter
Dr. Klaus-Dieter Feige
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund sollen die Blöcke sechs bis acht des AKW Greifswald stehen bleiben, obwohl nach früheren Planungen deren Abriß zur Erprobung des besten Verfahrens für den Abriß der radioaktiv kontaminierten Blöcke eins bis fünf vorgesehen war?
30. Abgeordneter
Werner Schulz (Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund sollen die westdeutschen Energiekonzerne Bayernwerk und Preußenelektra künftig die unternehmerische Verantwortung für den Abriß des AKW Greifswald übernehmen, und welche Folgen hat das geänderte Abrißkonzept auf die bisher in diesem Zusammenhang durchgeführten Genehmigungsverfahren?
31. Abgeordneter
Werner Schulz (Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es Überlegungen der zuständigen Treuhandanstalt, den Atomkraftwerksstandort Greifswald beizubehalten, und inwieweit ist dieser Standort für den Bau eines EPR-Reaktors geeignet?

32. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Stadt Grafenwöhr bei dem Vorhaben, den Militärflugplatz Grafenwöhr für einen Regionalflugplatz mitnutzen zu lassen, unterstützen, und hat es in dieser Richtung bereits Kontakte mit der US-Seite durch die Bundesregierung gegeben?
33. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Truppenübungsplatzrandgemeinden dabei zu unterstützen, Teilflächen am Rande des Übungsplatzes für Gewerbegebiete etc. zu erwerben, und welche Vereinbarung gibt es im Hinblick auf die Abgabe von Teilflächen mit den US-Streitkräften?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

34. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in den derzeitigen Aktivitäten der Automobilkonzerne, durch Verträge mit Industriebetrieben (z. B. PreussAG und Klöckner) zu einem flächendeckenden Netz von Autodemontagezentren zu kommen, eine Benachteiligung und/oder eine Existenzgefährdung der jetzt bereits bestehenden und gut arbeitenden mittelständischen Autorecyclingfirmen?
35. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung ggf. bereit, sich in geeigneter Weise in die laufenden Gespräche der Automobilhersteller mit den Industriekonzerne mit dem Ziel einzuschalten, die mittelständischen Betriebe, wenn sie bereit und in der Lage sind, ordnungsgemäß zu entsorgen, in ihrem Bestand zu schützen?
36. Abgeordneter
Horst Jaunich
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung im Rahmen einer Novellierung des energie- und kartellrechtlichen Ordnungsrahmens die Abschaffung freiwilliger Demarkationsverträge sowie gebietsbezogener Konzessionsverträge für leistungsgebundene Energien plant?
37. Abgeordneter
Horst Jaunich
(SPD)
- Welche Auswirkungen hätte eine solche Maßnahme auf die Versorgungssicherheit besonders mit Erdgas und auf die Kommunen?

38. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Hinweise über die Beteiligung deutscher Staatsbürger oder in der Bundesrepublik Deutschland tätiger Geschäftsleute am Bau von geheimgehaltenen Tunnelanlagen oder an der Entwicklung von ABC-Waffen in Libyen?
39. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Für welche Länder hat die Bundesregierung seit dem 1. Oktober 1990 welche Produktions- und Exportgenehmigungen für Kriegsschiffe nach dem Kriegswaffenkontroll- bzw. Außenwirtschaftsgesetz erteilt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren

40. Abgeordnete
Anke Fuchs
(Köln)
(SPD)
- Wann wird der Bundeskanzler den Entwurf eines Altenpflegegesetzes der Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, im Kabinett beraten lassen?
41. Abgeordnete
Anke Fuchs
(Köln)
(SPD)
- Worin liegen die Unterschiede zwischen dem Entwurf eines Altenpflegegesetzes des Landes Hessen, der voraussichtlich am 18. März 1994 im Bundesrat behandelt wird, und dem im Bundeskabinett noch nicht beratenen Entwurf der Bundesministerin für Familie und Senioren?
42. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- In welchen Bundesländern führt die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zur Anwendung des Sachleistungsprinzips auch für sogenannte privilegierte Asylbewerber und solche, die nicht in Sammelunterkünften untergebracht werden?
43. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Erfahrungen mit der Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes, und wo sieht sie gegebenenfalls einen Nachbesserungsbedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

44. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß osteuropäische Transportunternehmen zunehmend in Deutschland unerlaubte Kabotagefahrten durchführen und auf diese Weise dem deutschen Transportgewerbe erheblichen Schaden zufügen?
45. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Strafen an die Höhe des wirtschaftlichen Schadens anzupassen, um gegen diesen Mißstand vorzugehen?
46. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, angesichts jüngst bekanntgewordener Verdachtsmomente im Zusammenhang mit dem Tod des ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, Dr. Uwe Barschel, den seinerzeitigen Flugzeugabsturz vom 31. Mai 1987 auf dem Flugplatz Lübeck (bei dem Dr. Uwe Barschel schwer verletzt und drei Personen getötet worden sind) einer erneuten Ursachenuntersuchung zu unterziehen, und kann die Bundesregierung heute schon ausschließen, daß fremde Einflüsse diesen Absturz verursacht haben?
47. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Annahme der Alpeninitiative in der Schweiz, wonach neben anderen verkehrlichen Maßnahmen der Gütertransitverkehr durch die Schweiz ab dem Jahre 2004 nur noch auf der Schiene abgewickelt werden soll, und wird die Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Union auf eine weitgehende Akzeptierung der Schweizer Beschlüsse und eine Ausrichtung der Verkehrspolitik der Union auf die Schweizer Wünsche und Bedürfnisse hinwirken oder tritt sie dafür ein, durch Druck auf die Schweiz eine Revision dieser Beschlüsse zu erreichen?
48. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung sich nach der Annahme der Alpeninitiative in der Schweiz veranlaßt, ihr Konzept für den Ausbau der Bundes-schienenwege der veränderten Lage derart anzupassen, daß sie für einen baldigen Ausbau der Bahnzulaufstrecken zur Schweiz in den Relationen München – Memmingen – Lindau, Ulm – Friedrichshafen – Lindau, Stuttgart – Singen und Karlsruhe – Freiburg – Basel und für eine Stärkung der Containerbahnhöfe in Singen und Ravensburg eintritt?

49. Abgeordneter
Dr. Ulrich Janzen
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Realisierungszeiträume für die Bahnprojekte deutsche Einheit noch nicht fixiert und auch Fertigstellungstermine für Teilabschnitte noch nicht festgelegt (in einer sogenannten Anzeige, in der das Bundesministerium für Verkehr in der Ostseezeitung am 11. Februar 1994 über die Verkehrsprojekte deutsche Einheit in Mecklenburg-Vorpommern informiert, gehen die darin enthaltenen Informationen über die Bahnprojekte über Angaben zum Stand der Planung und zu den vorgesehenen Maßnahmen nicht hinaus)?
50. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Welche Auswirkungen wird der Kabinettsbeschluß, privat vorfinanzierte und über Mautgebühren von den Nutzern zu bezahlende Straßenverkehrsprojekte zu ermöglichen, auf die bislang für die Privatfinanzierung nach dem Konzessionsmodell vorgesehenen Verkehrsprojekte haben?
51. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Welche Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan kämen für eine solche Privatfinanzierung nach dem Mautmodell in Frage, und gibt es darüber hinaus derartige Projekte, die nicht im Bundesverkehrswegeplan enthalten sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

52. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Schadstoffbelastungen der Flußökosysteme insbesondere der Ablagerungen in Flußbetten speziell in den neuen Bundesländern, und welche gesundheitlichen Gefahren bestehen durch landwirtschaftliche Produktion in den Überschwemmungsgebieten der mit giftigen Chemikalien belasteten Flüsse?
53. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung die Hauptursache für den anhaltenden Rückgang des Weißstorchbestandes in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich die Zerstörung der Nahrungsgebiete – insbesondere die Entwässerung großer Feuchtwiesengebiete u. a. im Rahmen der Flurbereinigung – verhindern, und mit welchen Mitteln sollten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes und der EG-Förderung einer umweltverträglichen extensiven Landwirtschaft Lebensräume des Weißstorches erhalten bzw. wiederhergestellt werden?

54. Abgeordneter
**Eckart
Kuhlwein**
(SPD)
- Welche Beeinträchtigungen der Lebensräume des Weißstorches sind durch die geplanten Verkehrswegebauprojekte der A 20, Havel, Elbe, Oder und Donau zu erwarten, und wie will die Bundesregierung diese möglicherweise zusätzlich drohende Gefährdung des Weißstorchbestandes verhindern?
55. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Überlebenschancen des Weißstorches aufgrund des Brutbestandes in den letzten Jahrzehnten in Deutschland, und welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Gründe des evtl. drohenden Aussterbens des Weißstorches, der vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) und dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) zum Vogel des Jahres 1994 gewählt wurde, vor?
56. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Wie ist die Bundesrepublik Deutschland ihren Verpflichtungen, die sich aus der Berner Konvention, der Bonner Konvention und der EG-Vogelschutzrichtlinie zum Schutz des Weißstorches und seines natürlichen Lebensraumes ergeben bisher nachgekommen, und was gedenkt die Bundesregierung zukünftig zur Erfüllung ihrer international eingegangenen Verpflichtungen zu tun?
57. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen, die Dieselmotoremissionen durch technische Maßnahmen und durch die Durchsetzung der Euronormen 2 bis 4 zu reduzieren, und wie wird die Bundesregierung diese Forderungen in die Tat umsetzen?
58. Abgeordneter
**Christian
Müller
(Zittau)**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der von der G. E. O. S. Freiberg Ingenieurgesellschaft mbH erstellten „Kenntnisstandsanalyse zu hydrogeologischen und geotechnischen Problemen unter dem Aspekt des Grundwasserentzuges durch den Braunkohlentagebau Turow (Polen) im Raum Zittau“ hinsichtlich der Folgen für die Gemeinde Drausendorf, das Gewerbegebiet Weinau der Stadt Zittau und die Stadt Zittau selbst oder liegen der Bundesregierung von der G.E.O.S.-Analyse abweichende Erkenntnisse vor?

59. Abgeordneter
**Christian
Müller**
(Zittau)
(SPD)

Welches Ziel (zeitlich und inhaltlich) verfolgt die Bundesregierung in Verhandlungen mit der Republik Polen, um Schaden für die betroffenen Gebiete abzuwenden oder zu begrenzen, und welche Schadensersatzleistungen sieht die Bundesregierung für die unmittelbar betroffenen Einwohner von Drausendorf, auch im Falle einer notwendigen Aufgabe des Dorfes, vor?

Bonn, den 25. Februar 1994

